



1956: Nach achtzehn Jahren wurden erstmals wieder Rekruten für ein österreichisches Bundesheer gemustert.

„Jeder Staat hat eine Armee – die eigene oder eine fremde!“

Das Jahr 2005 ist für Österreich ein Jahr der Jubiläen, die alle mit den Begriffen „Freiheit“, „Unabhängigkeit“, „Friede“ und „Sicherheit“ des Landes eng verknüpft sind. Seit 50 Jahren ist Österreich wieder frei und dies zeigt sich auch darin, dass wir wieder eigene Streitkräfte unterhalten können.

Im Unterschied zur Ersten Republik ist die Zweite Republik – um es mit den Worten des aus Frankfurt zugewanderten Philipp Wilhelm von Hörnigk, der ein Jahr nach Abwehr der Zweiten Türkenbelagerung Wiens ein Buch mit dem Titel „Österreich über alles, wann es nur will“, geschrieben hatte –, „gewollt“. Sie wurde zu einer Erfolgsstory. Unter den entwickelten Industriestaaten der Welt nimmt unser Land heute mit seiner wirtschaftlichen Pro-Kopf-Leistung den neunten Platz ein.

Das Jahr 1945 brachte uns das Ende des Krieges und die Befreiung. Aus der Zerstörung entstand ein Neubeginn und erfolgte ein Aufbruch. Es dauerte aber einige Zeit von der Befreiung zur Freiheit, vom Mangel zum Wohlstand, zu einer breiten Wohlfahrt und hoher Lebensqualität, von schlimmen Kriegsjahren und Verfolgungen zu 60 Jahren in Frieden und Sicherheit. Das ist zweifellos ein Grund, sich freudig zu erinnern und dankbar zu gedenken.

Vor 60 Jahren wurde Österreich von Krieg und Nazi-Herrschaft befreit, vor 50 Jahren erlangte es mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages seine endgültige Freiheit. Am 26. Oktober sind es 50 Jahre, dass der Nationalrat das Bundesverfassungsgesetz über die dauernde Neutralität Österreichs beschloss.

Aber auch die Begleiterscheinungen der Eigenstaatlichkeit werden gefeiert. „50 Jahre Bundesheer“ und „50 Jahre UN-Mitgliedschaft Österreichs“. Vor zehn Jahren trat Österreich „ohne wenn und aber“ – was auch sicherheitspolitisch relevant ist – der Europäischen Union bei, vor fünf Jahren wurde der Euro als gemeinsame europäische Währung von zwölf EU-Mitgliedsländern eingeführt. Seit 2002 ist der Euro auch unser tägliches Zahlungsmittel.

Als weitere Jubiläen, die vor allem im Zusammenhang mit dem Thema „50 Jahre Bundesheer“ stehen, sind etwa anzuführen „45 Jahre österreichische Teilnahme an den friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO“, in deren Rahmen österreichische Soldaten aller Dienstgrade beispielsweise in Zypern oder am Golan bisher Hervorragendes geleistet und international einen ausgezeichneten Ruf erworben haben, was in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet wird. Dazu kommen noch „30 Jahre Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) (militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung) im Artikel 9a der Bundesverfassung“, „20 Jahre Landesverteidigungsplan“ und zehn Jahre Mitgliedschaft bei der „Partnerschaft für den Frieden (PfP)“. Diese wurde 1994 von der NATO gegründet, um nach dem Ende des Kalten Krieges Frieden und Stabilität in ganz Europa zu erzielen. Mit der PfP offerierte die Nato allen interessierten Staaten des euro-atlantischen Raumes ein Forum zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

In Österreich ist der Landesverteidigungsplan formell immer noch in Kraft, nachdem sich nach monatelangen Verhandlungen nur ÖVP und FPÖ im

Dezember 2001 auf die neue Sicherheitsdoktrin geeinigt haben. Die Ausarbeitung der dazu gehörenden Teilstrategien steht allerdings größtenteils immer noch aus. Die Frage, wer die Schuld am Scheitern einer Vier-Parteien-Einigung (also unter Einschluss der FPÖ und den Grünen) hatte, dominierte damals auch die Nationalratsdebatte über die Sicherheitsdoktrin. Die Opposition hatte nicht zugestimmt, weil sie sich, wie auch im Nationalrat betont wurde, nicht für die Abschaffung der Neutralität hergeben wollte.

Bereits im April 1998 war der so genannte „Optionenbericht“ (im vollen Wortlaut: „Bericht über alle weiterführenden Optionen Österreichs im Bereich der Sicherheitspolitik“) gescheitert. SPÖ und ÖVP konnten sich nicht einigen und legten ihre Vorstellungen daher gesondert dem Parlament vor. Die SPÖ hatte sich damals geweigert, die Nato-Mitgliedschaft ausdrücklich in die Zukunftsperspektiven der österreichischen Sicherheitspolitik einzuschließen (die ÖVP verweigerte eine Zustimmung bei Fehlen dieser Textpassagen). Trotzdem ist diese Dokumentation als Grundlage wertvoll. Sie enthält nämlich die erste – in den zuständigen Ministerien erarbeitete – umfassende Analyse der Sicherheitspolitik und der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Österreichs.

Mit einer eigenständigen, aktiven „Sicherheitspolitik“ im eigentlichen Sinne beschritt Österreich nach dem Ende des Kalten Krieges politisches Neuland, denn zuvor hatte man im Gegensatz von einer „wirklichen“ umfassenden Sicherheitspolitik nur von einer rein militärischen „Bedrohungs-Reaktionspolitik“ Österreichs sprechen können, die vor allem in der Ära Kreisky sehr stark von der Außenpolitik dominiert war.

Trotzdem lässt sich heute bedauerlicherweise feststellen, dass Österreich international sicherheits-

politisch praktisch noch immer nicht wahrgenommen wird. Zwar werden die Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres international sehr geschätzt, kritisch angemerkt wird jedoch, dass Österreich keine erkennbare sicherheitspolitische Linie – zwischen EU, NATO, Partnerschaft für den Frieden (PfP) einerseits und Neutralität/Allianzfreiheit andererseits – hat.

Wir sprechen in Sachen Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit mehreren Zungen. In Brüssel anders als in Wien. So kündigten unsere politischen Vertreter in der Europahauptstadt bereits völkerrechtliche Änderungen an, während hingegen seitens der Bundesregierung in Wien erklärt wurde, es werde an der Neutralität nichts geändert. Manche wollen die Neutralität als Kind des Kalten Krieges weglegen, andere wollen sie zum starren Dogma erheben. Dies wird vor allem im Zusammenhang mit den Petersberger Verträgen ersichtlich.

Meine persönlichen Erinnerungen an das Bundesheer reichen mehr als vier Jahrzehnte zurück. Im Jahre 1963 rückte ich in die Maria Theresia-Kaserne in Wien zur Ableistung meines, wie es damals hieß „ordentlichen Präsenzdienstes“ ein und wurde zum Heereskraftfahrer für Lkw ausgebildet. Allerdings wurde ich durch Bescheid des damaligen Verteidigungsministers Dr. Karl Schleinzer mit der Begründung der Notwendigkeit meiner Anwesenheit bei den Budgetverhandlungen – ich war damals Sekretär im SPÖ-Klub des Nationalrates – vorzeitig entlassen.

Zur damaligen Zeit gab es vor allem in der Sozialistischen Partei keine ausgeprägte Begeisterung für das Bundesheer, weil dieses immer mit „Krieg“ in Verbindung gebracht wurde. Ich erinnere mich an die Diskussion, die mein damaliger Chef im SPÖ-Klub des Parlaments, der Abgeordnete Robert Uhlir

bereits bei meiner Einberufung mit dem damaligen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Otto Rösch, geführt hat, der anschließend festgestellt hat: „Na also, das muss sein!“ Einer meiner beiden Schwager, Dr. Wilhelm Schneider, mit dem ich gemeinsam die Mittelschule besucht habe und der heute Professor für Thermodynamik und Gasdynamik an der TU Wien ist, hat einen besonders harten Grundwehrdienst leisten müssen, aber dann eine sehr interessante und nützliche Ausbildung zum Reserveoffizier des höheren militärtechnischen Dienstes absolviert. Er sieht so wie ich den Wehrdienst als eine Pflicht an, die man zu erfüllen hat. Mein anderer Schwager, Reinhard Schärf, musste sich ebenso wie Univ.- Prof. Dr. Wilhelm Schneider einer harten Grundausbildung unterziehen. Er hat als Korporal abgerüstet.

Auch aus heutiger Sicht bin ich emotional für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht, wengleich diese wahrscheinlich überholt ist. Hinsichtlich der professionellen Anforderungen spräche vieles für ein Berufsheer, aber da muss man sich im klaren darüber sein, was das schlussendlich mehr kostet.

Dazu müssen vorab eine Reihe von Fragen beantwortet werden wie etwa: Welches Personal bekommt man zu welchen Besoldungsbedingungen? *Hat ein kleiner Staat die erforderliche Anzahl von Menschen, die die physischen, psychischen und moralischen Voraussetzungen für die Anforderungen der rund um die Welt erfolgenden Einsätze auch tatsächlich erbringen? Dabei ist Geld nicht das Ausschlaggebende. So bekommen, wie die Erfahrung zeigt, kleinere und mittlere Staaten bei der Bildung von Berufsarmeen zwar genügend Offiziere, aber nicht die erforderlichen Unteroffiziere und Mannschaften. Aber auch größere und traditionell auf eine Berufsarmee ausgerichtete Staaten, wie etwa Großbritannien,*

haben Rekrutierungsprobleme. Es muss auch Klarheit darüber geschaffen werden, welche Beschäftigungsgarantie man Mitgliedern einer Berufsarmee nach ihrem Ausscheiden aus dem Heer bieten kann.

Mit ziemlicher Sicherheit lässt sich jedenfalls feststellen: Ein Berufsheer kommt wesentlich teurer zu stehen! Für welche Heeresform wir uns letztlich entscheiden, ist eine politische Frage. Was meine persönliche Meinung dazu betrifft, so habe ich mich bislang noch nicht festlegen können. Wir können nicht länger Trittbrettfahrer bei einer europäischen Sicherheitspolitik bleiben. Daher ist zu fragen, welchen Beitrag und in welcher Form wir einen solchen im Rahmen der europäischen Sicherheitspolitik sinnvoll leisten können und müssen.

Was aber sicherlich nicht weiter hingenommen werden kann ist, dass wir beim Bundesheer über ein exzellent ausgebildetes Führungspersonal verfügen, gleichzeitig die Soldaten aber nur ungenügend auf ihre Aufgaben vorbereiten. Das Aufgabenspektrum ist gestiegen, die Dienstzeit ist mit sechs Monaten nicht lange genug, um das erforderliche Können zu vermitteln und das Erlernte wird nicht mehr in Wiederholungsübungen gefestigt und geht verloren (Halbwertszeit des Wissens).

Die Folgen einer solchen Personalstrategie erleben die Amerikaner derzeit in Afghanistan und im Irak. Festzuhalten ist aber auch, dass wir bei allem internationalen Engagement nicht die innerösterreichischen Aufgaben eines Heeres, dem auch die Hilfe bei Elementarereignissen aufgetragen ist, vergessen dürfen. Sicherheit braucht regionale Strukturen, das haben auch die jüngsten verheerenden Hochwasserkatastrophen wieder eindrücklich gezeigt. Dazu bedarf es auch einer Einbindung der Länder und Gemeinden in den sicherheitspolitischen Entscheid-

ungsprozess – nicht im Sinne eines falschen, d. h. überzogenen Föderalismus, sondern im Sinne echter Subsidiarität. Und wir müssen uns endlich der Tatsache stellen, dass Sicherheit auch etwas kostet und nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Dazu kommt auch, dass „innere“ und „äußere“ Sicherheit heute immer mehr ineinander übergehen und nicht mehr nur wie früher jeweils alleinige Angelegenheit des Innen- oder Außenministeriums sind. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Kompetenzverteilung, denen entsprechend Rechnung zu tragen ist. Immer mehr Bereiche der umfassenden Landesverteidigung stellen sich als Querschnittsmaterien dar. Die Schweizer sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Konstabulierung“ der Armee.

Die Neutralität hat uns 1955 die Souveränität gebracht, und damit hatte sie ihre besondere Berechtigung, aber sie ist nicht ein gewissermaßen in Stein gemeißeltes Dogma. Ich habe u. a. bereits im April 2000 kritisiert, dass sich die SPÖ in den vergangenen Jahren unnötig in Positionen eingegraben hat, wie etwa mit dem Nein zur NATO und der Dogmatisierung der Neutralität. Schon zuvor hatte es in der SPÖ eine Neutralitäts- und NATO-Diskussion gegeben, die in die falsche Richtung lief. Das Problem lag aber eindeutig an der Parteispitze, denn die SPÖ hatte damals mit Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky keinen „Bergführer“.

Die Neutralitätsdiskussion in Österreich ist also, was vielfach nicht wahrgenommen wird, überhaupt nichts Neues. Darüber hat man schon in der Ersten Republik politische Auseinandersetzungen geführt. Diese setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Einer der bedeutendsten Befürworter einer Neutralität nach Schweizer Vorbild war bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Dr. Karl

Renner. Weiters gab es u. a. eine harte Diskussion darüber vor dem Abschluss des Staatsvertrages. Vizekanzler Dr. Adolf Schärff war im April 1955 bei den entscheidenden Verhandlungen in Moskau im Gegensatz zu Bundeskanzler Ing. Julius Raab diesbezüglich sehr zurückhaltend. Darüber ist viel geschrieben worden, gerade auch im Jubiläumsjahr. Schärff nahm u. a. Rücksicht auf Innenminister Oskar Helmer, der folgende Politik vertrat:

Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten, etwa in der Tschechoslowakei, gab es seitens der westlichen Alliierten Bestrebungen, uns in Österreich wehrfähig zu machen. Im Zuge dieser Bemühungen ist auch in den westlichen Besatzungszonen die B-Gendarmerie entstanden und es wurden Waffenlager angelegt, die dann in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zufällig entdeckt wurden. Dies geschah deshalb, weil uns unsere Vorfahren ein ähnliches Schicksal ersparen wollten, wie es die Bevölkerung im ehemaligen Ostblock erleiden musste. Die B-Gendarmerie verfügte über insgesamt rund 7.000 Mann und stellte somit kein zu fürchtendes Potenzial dar. Immerhin aber diente sie den westlichen Besatzungsmächten sozusagen als Sicherheit, dass nach ihrem Abzug die politische Stabilität im Land erhalten bliebe. Sie bildete auch den Grundstock für das neue Bundesheer, das nach Abschluss des Staatsvertrages aufgestellt werden konnte.

Helmer stellte sich damals auf den Standpunkt: „Wir können uns nicht auf der einen Seite durch die Amerikaner bewaffnen lassen und dann sind wir neutral!“ Die Erklärung der dauernden Neutralität Österreichs 1955 war also nicht unumstritten, aber die Schweiz und Schweden waren unsere Vorbilder, die zeigten, dass ein solcher Status funktionieren kann. Politisch hatten wir natürlich, etwa im Gegensatz zur Schweiz, vorerst keinerlei Erfahrungen mit die-

sem völkerrechtlichen Status. Aber bald lösten wir uns vom „Vorbild Schweiz“ und betrieben unter Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky eine „aktive Neutralitätspolitik“. Bei der militärischen Landesverteidigung folgten wir dem Schweizer Muster am wenigsten, aber wir waren auch in einer grundsätzlich anderen Situation als die Eidgenossen.

In der Zwischenzeit hat sich die Welt gravierend verändert und damit auch die Situation Österreichs. 1997 sprach ich im März in Wien bei einer Veranstaltung vor Diplomaten zum Thema „Westintegration und Osterweiterung“. Damals führte ich aus, ich verstehe nicht, warum über einen Beitritt Österreichs zu einer erneuerten Nato nicht vernünftig geredet werden könne. Meine Begründung lautete, dass mit der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages Österreich jedenfalls seine Zustimmung zum europäischen Arm einer Sicherheitsarchitektur gegeben hatte.

Ich habe damals aber auch gesagt: „Als Privatmann kann ich es mir leisten, meine Ansichten zum Thema NATO öffentlich zu äußern. Politiker in Regierungsämtern können dies oft nicht tun.“ Zugleich beklagte ich den „Meinungsterror“ in der Neutralitätsdebatte. Damals wie heute vertrete ich die Ansicht, Österreich sollte keine Probleme haben, einer erneuerten NATO beizutreten. Eine solche Entscheidung ist auch billiger, als eine „Fiktion“ aufrecht zu erhalten. Bereits bei den Aktivitäten der Nato in Ex-Jugoslawien hat sich Österreich ja keineswegs neutral verhalten und wohl auch nicht bei dessen Zerfall, was etwa bei der unkonditionierten Anerkennung der neuen Staaten deutlich wurde.

In unserer Neutralitätserklärung hatten wir uns verpflichtet, uns „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ – was immer das auch bedeuten mag, es sind

durchaus verschiedene Interpretationen möglich – an unseren Grenzen zu verteidigen. Bemerkenswerterweise wurde dem auch Rechnung getragen. Denn kurz nach dem Abzug der Alliierten und der Auflösung der B-Gendarmerie brach 1956 die Ungarnkrise aus und da wurde das österreichische Bundesheer bekanntlich mit einem politisch umstrittenen Schussbefehl an die ungarische Grenze geschickt. Das geschah, obwohl seitens des Verteidigungsministers Ferdinand Graf zumindest der Wunsch bestand, diese Erweiterung des Einsatzes zurückzunehmen. Aber insgesamt vertrat die militärische Führung die Ansicht, die Katastrophe des Jahres 1938 dürfe sich nie mehr wiederholen.

Aber im Nachhinein ist jeder klüger und ich maße mir nicht an, über die damaligen Entscheidungsträger Urteile abzugeben. An den Fakten aber kann man nicht rütteln. Beim Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR im August 1968 war die Situation und die Reaktion Österreichs gänzlich anders, wie immer man das auch heute beurteilt.

Bei den politischen Verantwortlichen gab es in Österreich ganz offensichtlich die unausgesprochene und ungeschriebene Wehrdoktrin, die auf den Punkt gebracht lautete: Wir stehen ohnehin unter dem Schutz der Nato. Daher können wir uns auch ein im Vergleich zur Schweiz oder zu Schweden bescheidenes Verteidigungsbudget leisten. So wurden wir zu viel kritisierten „Trittbrettfahrern“.

Ich war ab 1970 elf Jahre Finanzminister und habe daher mehr als ein Fünftel der Wehrbudgets in den 50 Jahren, in denen es das Bundesheer gibt, zu vertreten. Im Gegensatz zu anderen Finanzministern habe ich mich mit Verteidigungsminister Otto Rössch, der auch ein guter Freund von mir war, und mit dem Armeekommandanten, General Emil Spannocchi, arrangiert. Bei einem Vier-Augen-Gespräch habe ich

zu ihm gesagt: „Herr General. Was brauchen Sie wirklich? Ordentlich angezogene Soldaten, die ordentliche Waffen haben, genug Übungsmunition – weil diese während meiner Ausbildung nicht zur Verfügung gestanden ist – ordentliche Unterkünfte, ordentliche Fahrzeuge und was immer dazugehört. Das geht in Ordnung, aber lassen Sie mich mit anderen ‚Spompanadln‘ in Frieden!“ Und so hat es dann auch reibungslos funktioniert.

Bereits damals wurde immer die schon die Frage „Abfangjäger oder nicht?“ sehr kontroversiell diskutiert. Eine Anschaffung habe ich bis zur Afghanistan-Krise 1980 abblocken können. Dann bin ich zu Verteidigungsminister Rösch gegangen und habe zu ihm gesagt: „Du, jetzt ist die Zeit reif.“ Natürlich ist Rösch in dieser Frage auch direkt zu Bundeskanzler Dr. Kreisky gegangen, dieser hat ihn aber ohnehin wieder zu mir als Finanzminister geschickt. Und ich habe trotzdem kein Geld aus der Hand geben müssen, weil das Heer eine bestimmte Flugzeugtype wollte, Dr. Kreisky hingegen eine andere und der Verteidigungsminister wiederum für eine dritte Type eingetreten ist. Durch diese Nichteinigung ist mir eine Abfangjägerfinanzierung in den von mir erstellten elf Bundesbudgets erspart geblieben.

General Spannocchi war es auch, der für das Bundesheer einen bedeutsamen strategischen Wandel durchsetzte. Er vertrat die richtige Ansicht, dass ein Kleinstaat keine wirksame militärische Abwehr aufbauen kann, indem er einfach die Armee einer Großmacht kopiert und miniaturisiert.

Statt einer sich in ungünstigen Räumen zur Schlacht stellenden Armee wurde neu das Konzept der „Raumverteidigung“ entwickelt. Es operiert strukturell defensiv mit operativ wichtigen „Schlüssel-“ und weniger bedeutenden „Raumsicherungszonen“ sowie einen Basisraum im leichter zu verteidigen-

den Alpenbereich. Es sollte eine „Verteidigung ohne Schlacht“ geben, was jedoch nicht als Guerillataktik misszuverstehen ist. Der Eintritts- bzw. Durchmarschpreis für jeden Aggressor sollte möglichst hoch gehalten werden. Diese rein defensiv militärisch Landesverteidigung fand in der Bevölkerung eine deutlich wachsende Akzeptanz.

In die Überlegungen über die Zukunft des Bundesheeres ist auch dessen Bedeutung als Wirtschaftsfaktor zu berücksichtigen. Zu erwähnen sind dabei nicht nur die gewaltigen Investitionen wie Flugzeug- oder Fahrzeugkäufe, sondern vor allem auch die alltäglichen Ausgaben zur Versorgung der Truppe mit Nahrungsmitteln, Bekleidung, Treibstoffen usw. Das sind Güter, die auf dem Markt zugekauft und nicht etwa in heereigenen Betrieben hergestellt werden.

Auch die Kasernen erfüllen eine bedeutende regionalwirtschaftliche Funktion, was wiederum den Widerstand von Ländern und einzelnen Gemeinden gegen deren Schließungen erklärt. Der örtliche Handel und die Gastronomie werden durch sie ebenso belebt wie kommunale Infrastruktureinrichtungen, beispielsweise Hallenbäder, Sporteinrichtungen, Verkehrslinien und verschiedene Dienstleistungsunternehmen.

In der Rüstungsbeschaffung wurde seit dem Ende der sechziger Jahre begonnen, ein „Ansteckdosenprinzip“ zu vermeiden, also wenig Rüstungskäufe aus nur einem (vor allem dem westlichen) Bündnis zu tätigen. Eine Rüstungskoordination wurde vielmehr mit anderen Neutralen, wie Schweden und der Schweiz, besprochen. Eine Weiterführung mit schweren Waffen, vor allem Abfangjägern und Raketen, fand in den siebziger und achtziger Jahren keine politische Zustimmung und ist heute noch äußerst umstritten.

Eine eigene österreichische Rüstungswirtschaft entwickelte sich, von einigen kleineren Betrieben ab-

gesehen, erst seit dem Ende der sechziger Jahre. Zum überwiegenden Teil gehörte sie zur verstaatlichten Industrie. Daraus erwachsen in der Folge nicht geringe innerpolitische Kosten, siehe den ehemaligen Export von Steyr-Panzern oder von VÖEST-Kanonen.

Angesichts zunehmender grenzüberschreitender Probleme erfordert die Behauptung der Unabhängigkeit Österreichs heute eine engere internationale Zusammenarbeit sowie Mitgestaltung in supranationalen Organisationen. Nur auf diesem Weg können wir die Sicherheitsarchitektur in Europa mitgestalten sowie zu einem kollektiven Sicherheitssystem beitragen. Dadurch sollen grenzüberschreitende kontinentale bzw. viele neue globale Risiken bewältigt werden.

Nach den Umwälzungen des geschichtlichen Zäsurenjahres 1989 liegt Österreich militärstrategisch an der Schnittstelle eines neuen Sicherheitsvakuums und damit auch in einer exponierten Lage. Allerdings geht es zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr um die Bedrohung durch Panzer des Warschauer Paktes, sondern vielmehr um die Gefahren der organisierten Kriminalität, den internationalen Terrorismus, Seuchen, Natur- und Umweltkatastrophen, aber auch zunehmend ethnische Konflikte. Letztere erfordern wiederum oft militärisch-humanitäre Interventionen als friedenssichernde oder friedensstiftende Maßnahmen. Gegen diese Art von Bedrohungen schützt uns unsere Neutralität nicht.

Die neuen Herausforderungen und Gefahrenpotenziale unserer Zeit erfordern daher den Abschied von der biedermeierhaften, isolationistischen Souveränitätsillusion. Es gilt, der zunehmenden Relativierung des Nationalstaats Rechnung zu tragen, ohne die eigene Identität aufzugeben. Das

„Wie“ können wir autonom entscheiden.

Die Bedeutung der EU als ökonomisches Friedensprojekt steht außer Zweifel. Das wieder virulent gewordene Pulverfass auf dem Balkan zeigt, dass der europäische Weg keine automatisierte Einbahnstraße zum Erfolg ist, sondern immer wieder auf neue Herausforderungen ausgerichtet werden muss.

Europa konnte nach dem Zweiten Weltkrieg einen Traum verwirklichen: Frieden, steigender Wohlstand, höhere Wohlfahrt und eine immer bessere Lebensqualität für die Menschen. Zum Aufschwung von zunächst Westeuropa trugen die Amerikaner durch den Militärschutz der NATO, vor allem aber auch durch den Marshallplan wesentlich bei. Eine mindestens ebenso wichtige Rolle spielte aber auch die europäische Integration. Diese nahm 1952 in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Montanunion, ihren Ausgang. Die EU entwickelte sich zwangsläufig aber auch zu einem politischen Projekt, sind doch die einzelnen Staaten längst zu groß für die kleinen Aufgaben und zu klein für die großen geworden. Zusammenarbeit, auch im Sicherheitsbereich, ist daher unumgänglich, denn die kleineren Staaten wären im Alleingang auf den stürmischen Meeren der Weltpolitik nichts anderes als dem Untergang geweihte Nusschalen.

Die Weiterentwicklung der europäischen Integration liegt nicht nur im europäischen, sondern auch in unserem ureigensten Interesse. Aus all diesen Gründen brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa, nicht nur aus ökonomischen Zwängen eines alternden Kontinents, sondern auch aus außenpolitischen, friedenssichernden sowie sicherheitspolitischen Gründen.

Die USA mussten im vorigen Jahrhundert dreimal eingreifen, um Europa vor sich selbst zu schützen

bzw. zu beschützen, zuletzt am Balkan. Die wirtschaftliche Unterstützung in Form des Marshallplans festigte für lange Zeit die transatlantischen Beziehungen, die zuletzt mit der Erweiterung der NATO eine neue Dimension erfuhren. Diese Aktivitäten waren natürlich nicht altruistisch, sondern mit massiven Eigeninteressen der USA gekoppelt. Europa wurde zu einem Protektorat der USA, zu einem unsinkbaren Flugzeugträger (Egon Bahr). Heute präsentiert sich Europa wirtschaftlich als Riese, politisch als Zwerg und militärisch als Wurm.

Im Zuge der globalen Entwicklung haben sich auch die Interessenschwerpunkte der USA verschoben. Europa war im Kalten Krieg wichtig. Mit den aufsteigenden Mächten in Asien, allen voran China, aber auch Indien, sowie Japan, das neben ökonomischer auch zunehmende militärische Bedeutung gewinnt, sind neue Gravitationszentren entstanden. Noch wird die Welt von den USA dominiert, die immer deutlicher eine unipolare, selbstbewusste, vielfach selbstgefällige und nicht selten arrogante Machtpolitik an den Tag legen. Die USA reagieren zunehmend unilateral, ohne sich wie in ihrem früheren Rechts- und Traditionsverständnis um eine entsprechende Legitimierung zu kümmern. Damit lassen sich zwar kriegerische Einsätze gewinnen, aber, was immer deutlicher zu Tage tritt, nicht dauerhaft Frieden schaffen. Überdies können die meisten Problemstellungen und Gefahrenherde nur in globaler Kooperation gelöst bzw. beseitigt werden.

Weiters ist es für Europa von entscheidender Bedeutung, die Integration weiterzuführen und seine Kräfte politisch, sicherheits- und außenpolitisch zu verdichten. Europa muss lernen, mit einer Stimme zu sprechen. Nur so kann sich Europa als ernst zu nehmender Partner auf der internationalen Bühne profilieren, vor allem auch gegenüber den USA.

Dann wird sich Europa als Mitspieler und nicht als Spielball auf der globalen Bühne behaupten können.

Dazu kann auch unser Bundesheer im Rahmen seiner Möglichkeiten einen wichtigen Beitrag leisten. Voraussetzung dafür ist aber eine glaubwürdige und damit berechenbare Sicherheitspolitik, die an unserer internationalen Solidarität keinen Zweifel lässt. Heute brauchen wir nicht mehr unsere Grenzen verteidigen, aber wir sind innerhalb der EU verpflichtet, unseren Beitrag außerhalb unserer Landesgrenze, vielleicht sogar außerhalb des europäischen Kontinents zu leisten. Dabei geht es darum, zu definieren, in welcher Form wir effizienter Teil einer europäischen Einsatztruppe sein können, ohne deswegen zugleich einer europäischen Allianz angehören zu müssen.

Grundsätzlich bin ich dafür, dass sich die nationalen Armeen in Europa einmal auflösen. Das so genannte Euro-Korps mit seinen 60.000 Mann ist ein erster Ansatz dazu. Aber dann wird sich die Frage nach der Zukunft der NATO stellen, die durch Jahrzehnte unser Schutzschirm war. Für das Entstehen einer wirksamen europäischen Sicherheitsarchitektur ist es unerlässlich, dass man sich nicht von Europa abwendet, sondern es vielmehr in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt.

Zu berücksichtigen ist weiters, dass Russland eine Großmacht ist und bleiben wird – und zwar sowohl hinsichtlich seiner (atomar-)militärischen als auch rohstoff-, energie- und menschlichen Ressourcen.

Ich befürchte allerdings, wir werden noch einen langen Weg beschreiten müssen, bevor eine zukünftige europäische Sicherheitsarchitektur an Konturen gewinnen wird – ob mit oder ohne NATO oder vielleicht sogar der Herausbildung eines ganz neuen

Bündnisses mit den USA, unter Umständen auch mit Russland.

Das alles sind noch offene Fragen, aber sie müssen mit dem Ziel beantwortet werden, dass wir das, was wir in Europa 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust erreicht haben – nämlich in Frieden zu leben – auch unseren Kindern und Enkelkindern bescheren können.



Dkfm. Dr. Hannes Androsch.

Jahrgang 1938, Politiker, Industrieller

Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien.
Nach Abschluss des Studiums selbstständiger Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.
1967 – 1981 (damals jüngster) Abgeordneter zum Nationalrat;
1970 – 1981 Bundesminister für Finanzen;
1976 – 1981 Vizekanzler;
1981 – 1988 Generaldirektor der CA;
1988 – dato Industrieller.

Vorsitzender des Universitätsrates der Montanuniversität Leoben;
Einrichtung einer Stiftung bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften;
zahlreiche ehrenamtliche Funktionen.

Mitinitiator der Staatsvertragsausstellung „Das neue Österreich“ im Jubiläumsjahr 2005 in der Österreichischen Galerie Belvedere in Wien.

Autor zahlreicher Artikel und Kommentare zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen;
Mitherausgeber und Autor zahlreicher Bücher, zuletzt „Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945 -2005“.

